

Landkreis Oldenburg • Postfach 14 64 • 27781 Wildeshausen

Frau/Herrn

Gesundheitsamt (53)

Frau Meyenburg

Zimmer: 023 N

Telefon: (0 44 31) 85 - 5 08

Telefax: (0 44 31) 85 - 5 55

E-Mail: Beate.Meyenburg
@oldenburg-kreis.de

**Wir machen es möglich!
Sprechzeiten ohne Wartezeiten
Bitte vereinbaren Sie einen Termin!**

Datum und Zeichen Ihres Schreibens:

Aktenzeichen:
53

Wildeshausen,

Sehr geehrte Eltern bzw. liebe Erziehungsberechtigte,

Ihr Kind wird demnächst eingeschult und damit sowohl körperlich als auch psychisch vor ganz neue Aufgaben gestellt. Um den Gesundheits- und Entwicklungszustand Ihres Kindes zu erfassen und, wenn nötig, Behandlungs- und Fördermöglichkeiten zu nutzen, werden in Niedersachsen gesetzlich vorgeschriebene Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt. Die Schuleingangsuntersuchung ist eine ärztliche Untersuchung.

Die Einschulungsuntersuchung für Ihr Kind
findet am, den umUhr statt
in

Für eine umfassende Beurteilung Ihres Kindes benötigen wir von Ihnen auch Angaben über die bisherige Entwicklung und das Umfeld Ihres Kindes. Diese Fragen haben wir auf dem beiliegenden „Vorbereitungsbogen der Eltern auf die Untersuchung“ zusammengestellt. Die Fragen umfassen auch Angaben zur familiären Situation Ihres Kindes sowie zu Ihnen und Ihrer / Ihrem Ehe- oder Lebenspartnerin / -partner. Diese Angaben dienen dazu, stärkende und belastende Faktoren für Ihr Kind zu erkennen, und unsere Empfehlungen zur Förderung Ihres Kindes optimal auf das Umfeld abzustimmen. Bitte beantworten Sie den **Vorbereitungsbogen** in aller Ruhe zu Hause und **bringen Sie ihn ausgefüllt zur Einschulungsuntersuchung mit**. Wenn Sie einzelne Fragen nicht beantworten können oder möchten, besteht im Arztgespräch die Gelegenheit, diese Punkte zu besprechen. **Der aufnehmenden Schule werden ausschließlich die für die Schulfähigkeit Ihres Kindes bedeutsamen Untersuchungsergebnisse mitgeteilt.**

Ihre Angaben und die Untersuchungsergebnisse Ihres Kindes werden in Form einer Patientenakte auf Papier oder/und elektronisch erfasst. Sie unterliegen sowohl der **ärztlichen Schweigepflicht als auch dem Datenschutz** und werden nach 10 Jahren gelöscht. Jede Form der statistischen Auswertung (regional / überregional) erfolgt ausschließlich mit vollständig anonymisierten Daten, d.h. ohne die identifizierenden Personendaten (Name, Geburtsdatum, Wohnort) Ihres Kindes. Nur in dieser Form werden die Daten für spätere Auswertungen gespeichert. Ergebnisse werden immer nach Gruppen zusammengefasst in Tabellen und Grafiken dargestellt, so dass kein Rückschluss auf einzelne Kinder möglich ist.

Die entsprechenden Rechtsgrundlagen finden Sie auf der Rückseite dieses Schreibens.

Bitte bringen Sie zur ärztlichen Schuleingangsuntersuchung folgendes mit:

- das (gelbe) **Vorsorgeheft**,
- das **Impfbuch** bzw. die **Impfbescheinigungen**,
- den **Vorbereitungsbogen**,
- ggf. **Brille** und **Hörgerät**.

Sollten Sie den oben genannten Termin nicht wahrnehmen können, bitten wir um Nachricht, damit wir mit Ihnen einen neuen Termin vereinbaren können. Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsgrundlagen für die Schuleingangsuntersuchungen in Niedersachsen und ausgewählte datenschutzrechtliche Hinweise

NGöGD¹ § 5 Kinder- und Jugendgesundheit

- (1) ¹Die Landkreise und kreisfreien Städte schützen und fördern besonders die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. ²Dazu sollen sie insbesondere gemeinsam mit Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen zielgruppen- und lebensraumbezogen auf die Prävention und auf eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hinwirken.
- (2) ¹Die Landkreise und kreisfreien Städte untersuchen die Kinder rechtzeitig vor der Einschulung ärztlich auf gesundheitliche Beeinträchtigungen, die geeignet sind, die Schulfähigkeit zu beeinflussen (Schuleingangsuntersuchungen). ²Sie können die Schuleingangsuntersuchungen durch Ärztinnen und Ärzte vornehmen lassen, die nicht im öffentlichen Gesundheitsdienst tätig sind. ³Die Landkreise und kreisfreien Städte teilen den Erziehungsberechtigten (§ 55 des Niedersächsischen Schulgesetzes) die Untersuchungsergebnisse für ihr Kind mit. ⁴Der aufnehmenden Schule werden nur die für die Schulfähigkeit bedeutsamen Untersuchungsergebnisse mitgeteilt.

NGöGD² § 8 Gesundheitsberichterstattung

- (2) ¹Die Landkreise und kreisfreien Städte beobachten, beschreiben und bewerten die gesundheitlichen Verhältnisse ihrer Bevölkerung, insbesondere die Gesundheitsrisiken, den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten. ²Dazu sammeln sie nicht personenbezogene und anonymisierte Daten, werten diese nach epidemiologischen Gesichtspunkten aus und führen sie in Fachberichten zusammen (kommunale Gesundheitsberichterstattung). ³In die Berichterstattung sollen auch anonymisierte Ergebnisse von Schuleingangsuntersuchungen nach § 5 Abs. 2 Satz 1 und Untersuchungen im Rahmen der Zahngesundheitspflege nach § 5 Abs. 3 einbezogen werden.
- (4) Das Landesgesundheitsamt erstellt Fachberichte zur gesundheitlichen Situation der niedersächsischen Bevölkerung (Landesgesundheitsberichte).

NSchG³ § 56 Untersuchungen

- (1) ¹Kinder sind verpflichtet zur Teilnahme an Schuleingangsuntersuchungen nach § 5 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst sowie an anerkannten Testverfahren, an ärztlichen Untersuchungen und an Untersuchungen, die für ein Sachverständigenurteil benötigt werden, wenn die Testverfahren und Untersuchungen
1. zur Feststellung der Schulfähigkeit oder
 2. zur Feststellung, ob eine Schülerin oder ein Schüler einer sonderpädagogischen Förderung in einer Schule oder in einer außerschulischen Einrichtung bedarf, erforderlich sind.
- ²Die Erziehungsberechtigten und die Kinder sind verpflichtet, die für Untersuchungen nach Satz 1 erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Die Kinder dürfen im Rahmen der Mitwirkung nach Absatz 1 Satz 1 über die persönlichen Verhältnisse ihrer Erziehungsberechtigten befragt werden, wenn ihre Leistung und ihr Verhalten dies nahe legen und die Erziehungsberechtigten ihre Einwilligung erteilt haben.
- (3) ¹Den Erziehungsberechtigten ist auf Antrag Einsicht in die Entscheidungsunterlagen für die Feststellungen nach Absatz 1 Satz 1 zu gewähren. ²Vor Entscheidungen nach § 64 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2, durch die Rechte der Erziehungsberechtigten eingeschränkt werden, ist diesen Gelegenheit zur Besprechung der Ergebnisse der Untersuchungen nach Absatz 1 zu geben.

NSchG § 64 Beginn der Schulpflicht

- (1) ¹Mit dem Beginn eines Schuljahres werden die Kinder schulpflichtig, die das sechste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum folgenden 30. September vollenden werden. ²Für Kinder, die das sechste Lebensjahr zwischen dem 1. Juli und dem 30. September vollenden, können die Erziehungsberechtigten den Schulbesuch durch schriftliche Erklärung gegenüber der Schule um ein Jahr hinausschieben; die Erklärung ist vor dem Beginn des in Satz 1 genannten Schuljahres bis zum 1. Mai gegenüber der Schule abzugeben. ³Auf Antrag der Erziehungsberechtigten können Kinder, die zu Beginn des Schuljahres noch nicht schulpflichtig sind, in die Schule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Schulfähigkeit besitzen und in ihrem sozialen Verhalten ausreichend entwickelt sind. ⁴Diese Kinder werden mit der Aufnahme schulpflichtig.

Erläuterung der Novellierung des § 64 NSchG, vom 27.02.2018 bezüglich der Teilnahme an der Schuleingangsuntersuchung (Erlass des Kultusministeriums an die Schulleitungen der niedersächsischen Grundschulen und Förderschulen mit Primarbereich, 2.3.2018) Kinder, deren Erziehungsberechtigte von der Möglichkeit des Aufschiebens des Schulbesuchs Gebrauch machen, müssen wie gehabt weiterhin an der Schuleingangsuntersuchung teilnehmen (§ 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 NSchG). Diese ist eine der Grundlagen für Eltern und für Schulleitung für eine Beratung und Entscheidungsfindung über den Zeitpunkt der Einschulung – auch für den Fall, dass Erziehungsberechtigte sich noch anders entscheiden. Die Schulleitung benötigt eine hinreichende Entscheidungsgrundlage für eine eventuelle Zurückstellung nach § 64 Abs. 2 NSchG. Wenn bei der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wird, dass die Kinder die Schulfähigkeit aufweisen, müssen diese Kinder im Jahr vor der Einschulung kein zweites Mal vorgestellt werden.

IfSG⁴ § 34 Gesundheitliche Anforderungen, Mitwirkungspflichten, Aufgaben des Gesundheitsamtes

- (11) Bei Erstaufnahme in die erste Klasse einer allgemein bildenden Schule hat das Gesundheitsamt oder der von ihm beauftragte Arzt den Impfstatus zu erheben und die hierbei gewonnenen aggregierten und anonymisierten Daten über die oberste Landesgesundheitsbehörde dem Robert Koch-Institut zu übermitteln.

Ausgewählte Datenschutzrechtliche Hinweise*

Die auf dieser gesetzlichen Grundlage erhobenen Daten werden auf Papier oder/und elektronisch datenschutzkonform verarbeitet (Art. 5 DSGVO, Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO, Art. 9 Abs. 2 lit. h DSGVO.) Darüber hinaus unterliegen sie der ärztlichen Schweigepflicht (§ 203 StGB). Für die Daten gilt die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrungsfrist von i.d.R. oder mindestens 10 Jahren nach Abschluss der Behandlung (§ 630f BGB). Nach Ablauf dieser Frist werden die Daten gelöscht.

Hinweis zur Datenerhebung bei Dritten (Artikel 14 DSGVO):

Die im Rahmen der Einladung verwendeten personenbezogenen Stammdaten wurden durch die zuständige Schule oder durch die Einwohnermeldeämter zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen zur Transparenz- und Informationspflicht nach Artikel 13 und Artikel 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bezüglich der im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung erhobenen personenbezogenen Daten, erhalten Sie beim Untersuchungstermin und im Vorfeld auf unserer Internetseite unter www.oldenburg-kreis.de

¹Niedersächsisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst vom 24. März 2006 (Nds. GVBl. S. 178)

²Niedersächsisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst vom 24. März 2006 (Nds. GVBl. S. 178)

³Niedersächsisches Schulgesetz in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137)

⁴Infektionsschutzgesetz vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert am 13. Dezember 2013 (BGBl. I S. 2904)